

Klaus von Beyme

Rechts- populismus

Ein Element der Neodemokratie?



Springer VS

Rechtspopulismus

Klaus von Beyme

Rechtspopulismus

Ein Element der Neodemokratie?

 Springer VS

Klaus von Beyme
Heidelberg, Deutschland

ISBN 978-3-658-19766-7 ISBN 978-3-658-19767-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-19767-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhalt

- 1 Einleitung** | 7
- 2 Populismus-Typologien im Zeitalter von Globalisierung und Postdemokratisierung** | 9
 - 2.1 Terminologie und Gruppenbezeichnungen | 9
 - 2.2 Globalisierung, Immigration und Populismus | 26
 - 2.3 Anknüpfungen populistischer Ideologien an politische Theorien der Vergangenheit | 29
- 3 Definitionen und Entwicklungsstadien des Populismus** | 47
- 4 Parteien und Populismus** | 59
 - 4.1 Parteien zwischen Populismus und Rechtsextremismus | 59
 - 4.2 Rechtspopulismus in Osteuropa | 63
 - 4.3 Internationale Zusammenschlüsse | 69
 - 4.4 Ursachen des Aufstiegs populistischer Parteien | 73
 - 4.5 Populismus und die Medien | 83
 - 4.6 Regierungsbeteiligung | 86
 - 4.7 Szenarien des Niedergangs | 89

5	Populismus, Rechtsextremismus und Neo-Nationalismus	93
5.1	Abgrenzung von Populismus und Rechtsextremismus	93
5.2	Nationalismus als Nährboden für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	101
5.3	Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Umfragen	103
6	Konklusion: Die neue normative Debatte über Demokratie und die Vorzüge und Fehlschläge des Populismus	105
6.1	Vorzüge des Populismus im Parteiensystem	105
6.2	Folgen der Globalisierung	109
6.3	Handlungsempfehlungen für die Parteien	111
6.4	Rechtspopulismus statt einer Gefahr für das demokratische System ein Ansatz für eine Neodemokratie?	113
	Literatur	129

1 Einleitung

Dieser kurze Beitrag zur modischen Debatte über den Rechtspopulismus versucht mehr als essayistisch wichtige Aspekte des Phänomens in gebotener Kürze zu analysieren:

- Der Populismus wird anhand wissenschaftlicher Analysen begrifflich behandelt, anknüpfend an die Geschichte der politischen Theorien und Ideologien.
- Definitionen und Entwicklungsstadien werden vergleichend betrachtet.
- Das Zentrum der Analyse umfasst das Parteiensystem in West- und Osteuropa, Ursachen für Aufstieg und Niedergang rechtspopulistischer Gruppen, internationale Zusammenschlüsse und nationale Regierungsbeteiligungen.
- Der Rechtspopulismus muss sodann vom Rechtsextremismus abgegrenzt werden.
- In einer Zusammenfassung lassen sich ein paar Generalisierungen wagen, welche die Grundthese stützen, dass der Rechtspopulismus eine Barriere gegen den Rechtsextremismus darstellen kann, und neben einigen negativen auch ein paar positive Wirkungen in der Entwicklung der Neodemokratie aufweist.

2 Populismus-Typologien im Zeitalter von Globalisierung und Postdemokratisierung

2.1 Terminologie und Gruppenbezeichnungen

Obwohl es Deutschland zurzeit erstaunlich gut geht, häufen sich die pessimistischen Unkenrufe. Der St. Galler Philosoph Dieter Thomä (2017: 35 f.) treibt die Kritik auf die Spitze: »Jetzt reicht's. Die Lage ist schlecht. Diejenigen, die das Sagen haben, versagen. Widerstand ist nicht zwecklos. Eine Abrechnung mit unserer kaputten Gegenwart«. Nur der kleine Satz: »Widerstand ist nicht zwecklos« deutet Möglichkeiten an. Sie werden aber gleich wieder relativiert: »Es gibt eine große Zerstreuung des Widerstands. ... Der politische Protest ist ortlos, wahllos, ratlos«. Meine Gegenthese: es gibt Möglichkeiten eines unorthodoxen Populismus, der mit neuen Methoden in Politik, Verbänden und Medien Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und durchaus die von Thomä vermissten »Orte, Wahlmöglichkeiten und Ratschläge« zustande bringt. Auch andere Autoren wie Nassehi (2017: 42) bemängelten den wenig empirischen Ansatz bei Thomä.

Die politische Debatte wird zurzeit in einer Art Krisenfeber geführt. Die Krisentheorien wurden durch unerwartete Folgen der Globalisierung herausgefordert. Die Post-Be-

griffe breiteten sich aus. *Postdemokratie* ist nicht ohne die Theorie der *Postmodernisierung* zu denken, die Ronald Inglehart (1997: 338) als Begriff schon früh in die Debatte einführte. Postmodernisierung war für ihn eine Überlebensstrategie, welche von der Maximierung des ökonomischen Wachstums zur Maximierung der Überlebensstrategien strebt, und Überleben und »*well-being*« durch Wandel von Lebensstilen ersetzt. Ein neuer Terminus macht als Folge der Globalisierung die Runde: »Postdemokratie«, seit Colin Crouch (2003, 2008) ihn in die Welt setzte. Populismus erscheint so als eine Folge der Entwicklung zur Postdemokratie. Sie wurde identifiziert mit:

- der Erosion der Parteien,
- der Medialisierung der Politik,
- dem Aufstieg der Experten auf Kosten der Partei-Eliten.

»Postdemokratie« fiel jedoch rasch hinter die Postmodernisierung zurück, weil diese Phase der Entwicklung durch die Kombination von Wirtschaftsmaximierung und neoliberaler Ideologie mit zunehmendem Protestverhalten neuer Kräfte gekennzeichnet war, und damit realistischer schien als die großen Hoffnungen von Inglehart. Die Überwindung der angeblichen Erstarrung der repräsentativen Demokratie wurde nicht selten im Populismus gesehen. Die Debatte um die Suche nach einer neuen *Leitkultur* bei Bassam Tibi (2000: 183) sollte die *Wertebeliebigkeit des »Multikulturalismus«* durch einen kulturpluralistischen Inhalt überwinden. Die pointierte Suche nach einer »*deutschen Leitkultur*« wurde jedoch rasch zu einer »Steilvorlage für die extreme Rechte« (Hentges 2002: 95 ff.).

Vielversprechender als die Suche nach einem Gesamtkonzept schienen lose Generalisierungen von faktischen Bewegungen in der Gesellschaft, wie im Populismus. Der Ausdruck

»Populismus« wird auch in der politischen Auseinandersetzung inflationiert, wie es einst dem »Korporatismus« – dem Erzfeind des Populismus – erging, und zur Zeit der »Globalisierung« oder der »governance« widerfährt. Handlich wurde das Populismus-Etikett als man Seehofer vorwarf, dass er »Popularität« mit »Populismus« verwechsle. In der Politik wird der Populismus-Vorwurf gern für eine angeblich unrealistische und unbezahlbare Politik aus Wahlkampf-Opportunismus eingesetzt. Als postmoderne Demokratien begannen, die Sozialausgaben zu kürzen, wurden auch linke Gruppen zu Verteidigern des Status-quo und als Populisten bezeichnet, mit einem Terminus der bis dahin überwiegend in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt worden ist. Wenn nationale Regierungen Misserfolge der Politik damit entschuldigen, dass sie auf die Restriktionen hinweisen, die ihnen die Europäische Union auferlegt, werden die Gegner der unpopulären Maßnahmen wegen ihrer »populistischen Unverantwortlichkeit« getadelt. Damit ist ein Element des Populismus erhellt: Populisten rebellieren gegen die angeblichen Sachzwänge. Im Gegensatz zu Revolutionären tun sie das jedoch weitgehend innerhalb der Spielregeln des Systems.

Populisten – soweit sie sich überhaupt für Theorien interessieren – versuchen von der normativen Wende in der politischen Theorie der Postmoderne zu profitieren:

- *Negative Konnotationen* enthält der Begriff »Post-Demokratie« (Colin Crouch),
- *positive Konnotationen* werden durch Termini wie »*deliberative Demokratie*« (Habermas) oder »*dialogische Demokratie*« (Giddens) transportiert.
- Mein Vorschlag (v. Beyme 2013), den Begriff Postdemokratie durch einen positiver gestimmten Begriff wie »*Neodemokratie*« zu ersetzen, bekommt Auftrieb durch die Populismus-Debatte. Während Postdemokratie den Nie-

dergang der Demokratie suggeriert und der Rechtspopulismus nur in seinen negativen Wirkungen analysiert worden ist, wird mit dem Begriff »Neodemokratie« angedeutet, dass die Demokratie durch neuere Veränderungen nicht untergeht und dass der Populismus *neue unkonventionelle und spontane Formen von Partizipation entwickelt, die verhindern, dass Rechtspopulismus in Rechtsextremismus umschlägt*. Unhaltbar scheint mir jedenfalls Daniel-Pascal Zorns (2017: 98) These: »Populistisches Denken drängt stets zum Totalitären«.

Postdemokratisierung wurde durch zahlreiche Theoretiker von dem radikaldemokratischen Schüler von Althusser, Jacques Rancière, über Colin Crouch bis zu dem sich auf Tocquevilles »demokratischen Despotismus« berufenden Sheldon Wolin (2008) als neue Etappe dargestellt. Hinter der Fassade formeller Demokratie und im Namen einer neoliberalen Theorie wird die Selbstregierung des Volkes daher zunehmend durch Eliten-Kontrolle ersetzt. In der Postdemokratie erhalten die Eliten zunehmend weniger »deference« und Respekt. Die Geheimnisse der »politischen Klasse« werden nicht mehr von der Zurückhaltung der Medien respektiert, obwohl virtuell alle formalen Komponenten der repräsentativen Demokratie überlebten. Ritzi (2014: 2 ff., 271 f., 274) versuchte mit einer Würdigung der wichtigsten Postdemokratie-Theoretiker die verbreitete Skepsis gegen den Begriff Postdemokratie zu wirken. Die Elemente der Postdemokratie-Theorie sind durchaus korrekt dargestellt. Dieser Autor (v. Beyme 2013, 274 f.) hat jedoch mit dem Begriff »Neodemokratie« eine Parallele zur Kunstgeschichte bemüht. In der Kunst lebte jeder »Post-Begriff« nach einer Weile in einem »Neo-Begriff« wieder auf, vom Neo-Impressionismus bis zum Neo-Surrealismus. Ich habe Zweifel an der Nützlichkeit des negativ gestimmten Terminus »Postdemokratie« weiter gepflegt, wohl

ahnend, dass der positiver klingende Gegenbegriff »*Neodemokratie*« vielleicht auch nicht langlebig sein wird. Es kommt also in erster Linie darauf an, die Begriffe mit klaren Inhalten und Entwicklungsvermutungen anzureichern. Ein Pionier der Populismus-Forschung wie Jan-Werner Müller (2016: 18, 16), der durchaus differenziert die Anreize des Populismus für neuere Demokratien zu würdigen weiß, kam letztlich zu dem Urteil, Populismus sei der Tendenz nach immer antidemokratisch, obwohl er häufig als radikaldemokratisch erscheint. Wäre das richtig, müsste man mit dem Etikett »rechtspopulistisch« vorsichtig umgehen. Jedenfalls sollte man dann nicht auch noch den »*Thatcherism*« wegen der Einebnung der Differenz zwischen Volk und Regierung schon als faschistoide Versuchung brandmarken (vgl. Weiss 2017: 242).

Der Aufstieg des westeuropäischen Rechtspopulismus ist für das Ende der 1980er Jahre angenommen worden, obwohl Ghița Ionescu und Ernest Gellner (1969) bereits Ende der 60er Jahre über Populismus als ein »Gespenst« publizierten. Populismus wurde auf die *Pluralisierung von Sinnsystemen, Individualisierung und »Enttraditionalisierung«* zurückgeführt. Traditionellen Gruppenloyalitäten von der Familie, der lokalen Gemeinschaft oder der Nation werden zunehmend in Frage gestellt. Der Populismus stößt nicht nur in eine ideologische, sondern auch in eine »*ästhetisch-kulturelle Repäsentations-leerstelle*« hinein, seit das Führungspersonal der Volksparteien den Lebensstil urbaner Mittelschichten pflegt (Manow 2017). Während in den USA die Schwäche der Linksliberalen, die nur noch liberal aber nicht mehr links sind, den Aufstieg des Rechtspopulismus erklärt, ist es in Deutschland die Sozialdemokratie, die angeblich ihre Klientel vergaß und für die Welle des Rechtspopulismus mitverantwortlich erscheint (Kaube 2017: 22). Der Populismus profitierte von dem Niedergang des Ansehens der Regierungen, Parteien und Berufspolitiker. Rechtspopulistische Politik ist vor allem *Identitäts-*

politik. Die Programmatik der Populisten besteht in der Regel nicht auf in sich stimmigen ideologischen Entwürfen, sondern in kulturalistischen Differenzkonstruktionen (Geden 2006: 209 ff., 219). »Das Volk« erscheint in der rechtspopulistischen Definition als überwiegend tugendhaft und hat einen gesunden Menschenverstand, im Gegensatz zu den Eliten, meist als »politische Klasse« diskriminiert. Mit dieser Einschätzung kommen Rechtspopulisten jedoch in Schwierigkeiten, wenn sie in Koalitionsregierungen eintreten (Hartleb 2004: 74 ff., 122, 131; 2014: 222).

Auch sonst sind Rechtspopulisten nicht immer konsequent: die *Staatskritik* im Vergleich zur *Gemeinschaftsverherrlichung* verhindert nicht, dass in einigen Bereichen, wie bei der Bekämpfung der Kriminalität und bei Verhinderung von illegaler Einwanderung, »der Staat« zu starken Eingriffen in die Gesellschaft animiert wird. Antiinstitutionell optieren viele Rechtspopulisten vor allem gegen die Europäische Union. Das hindert einige nicht, gelegentlich die »Festung Europa« zu beschwören, um den Kontinent gegen fremde Einwandererströme zu schützen. Liberale Abneigungen gegen zu viel Staatsinterventionismus schließt nicht die gelegentliche Forderung nach Wirtschaftsförderung für das eigene Land aus.

Der Populismus wurde erst im neuen Jahrtausend zum wichtigen Modethema und zunehmend zum Kampfbegriff in der politischen Arena. Der Rechtsextremismus wurde vor allem seit dem Aufstieg der AfD wieder häufiger auch in Deutschland behandelt – das Land, das nach dem Urteil von Mudde (2007: 303) die meisten Arbeiten zum Rechtsextremismus produziert hat – man beachte etwa die umfassende Bibliographie bei Fabian Virchow (u. a. 2016: 22–41). Die beiden Begriffe Populismus und Rechtsextremismus wurden vielfach entweder identifiziert oder völlig getrennt behandelt. Die Fülle der angewandten Begriffe, von »extreme Rechte« bis »reaktionärer Tribalismus«, wie sie Mudde (2007: 11 f.) auflistete,

haben meist nur einzelne Aspekte des Rechtspopulismus einbezogen. Das terminologische Chaos wurde weniger auf Meinungsverschiedenheiten der Autoren als auf Mangel an klaren Definitionen zurückgeführt. Ein Teil der Differenzen muss mit dem historischen Wandel erklärt werden. Die Begriffe entwickelten sich mit den Änderungen der politischen Systeme. Vor allem in letzter Zeit hat der Systemwandel in der demokratischen Welt nach dem Ende des bipolaren Systems der Zeit des Kalten Krieges zahlreiche neue Gruppierungen hochgespült, die nicht nur gesellschaftliche Sekten blieben. Die Begriffe mussten in die Landschaft der größeren Abgrenzungen in Parteiensystemen eingeordnet werden. Die Mehrheit der Populismus-Forscher akzeptiert den *Rechtspopulismus* als Größe, die sich vom *Konservatismus* und vom *Rechtsextremismus* unterscheidet (Stöss 2013: 564 ff.).

Rechtsextremismus wurde zu einem etablierten Oberbegriff, seit auch der Verfassungsschutz ihn 1974/75 in Deutschland übernahm. Ein *Linksextremismus* wurde in älteren symmetrischen Perzeptionen von Parteiensystemen unterstellt. Erst in neuerer Zeit glaubt die Mehrheit der Forscher nicht mehr an die Vergleichbarkeit von links und rechts. Norberto Bobbio (1994) hat die Unvergleichbarkeit daraus abgeleitet, dass die Linke für die Gleichheit der Menschen eintritt, die Rechte hingegen Ungleichheit unterstellt. Das Ende des Kalten Krieges und der Untergang der Sowjetunion schienen den *Linkspopulismus* in Europa zu schwächen. Vielfach rückte er näher in die Mitte, um koalitionsfähig zu werden. Aber in einigen Ländern ist der Linkspopulismus organisatorisch und ideologisch weit konsistenter ausgerichtet als der Rechtspopulismus, der Thema dieses Essays ist (Chryssogelos 2011: 36).

Der Rechtspopulismus als popularisierte Begriffsvariante ist analytisch wenig entwickelt, weil vielfach agitatorisches Verhalten und Methoden der Lancierung in den Medien und

der Agitation in der Gesellschaft damit bezeichnet werden. Gelegentlich wurde die Neigung zur Gewalt auch für rechtspopulistisch gehalten. Mit der populistischen Durchsetzung des Parteiensystems lässt sich allerdings allenfalls eine *Neigung zur strukturellen Gewalt* verallgemeinern (Salzborn 2015: 18). Rechtspopulistische und rechtsextremistische Einstellungen liegen nach einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung (Zick u. a. 2016: 140) nicht immer sehr weit auseinander. Erstaunlich wirkt der Umstand, dass Rechtspopulisten in der Abwertung von Wohnungslosen und Langzeitarbeitslosen angeblich sogar negativer eingestellt sind als die Rechtsextremisten. Bei der Gewaltbereitschaft war der Rückstand der Rechtspopulisten mit 37 % gegenüber 44 % bei den Extremisten auch nicht beeindruckend hoch.

Der Populismus wurde begrifflich schon im 19. Jahrhundert erwähnt, aber er spielte keine große Rolle in der allgemeinen Diskussion. Nach der Niederlage von 1945 wurde selbst der *Konservatismus* relativ wenig beachtet. Durch den McCarthyismus geriet er in die wissenschaftliche Diskussion, etwa bei Seymour Martin Lipset. Im älteren amerikanischen Populismus wurde ein sogenannter »*Producerism*« festgestellt, der die arbeitende Bevölkerung und unproduktive Gruppen, wie Langzeitarbeitslose und Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, gegenüberstellt (Virchow u. a. 2016: 11).

Mitte der 1970er Jahre wurde die »*Neue Rechte*« zu einem wichtigen Diskussionsthema. Sie wurde gelegentlich als Ableger der *Nouvelle Droite* in Frankreich wahrgenommen, die sich aufgrund einer Entfremdung der extremen Rechten vom *Gaullismus* herausbildete. Alain de Benoist (1985; 1986; 2014), der Kopf der »*Nouvelle Droite*«, wurde mit Armin Mohler (1950, 1989; 1958; 1974; 1993) in Deutschland zu einer wichtigen intellektuellen Verbindung der beiden Bewegungen. Zeitschriften wie »*Criticón*«, seit 1970 fast 30 Jahre von Caspar

von Schrenck-Notzing herausgegeben und von bemerkenswerter Breite, die »*Junge Freiheit*« oder »*Nation und Europa*« wurden zu herausragenden Diskussionsforen der Rechten in Deutschland. Diese Diskussion hat zur Rekonstruktion eines diskriminiert erscheinenden Konservatismus in Deutschland beigetragen (Knöbl 2017: 6; Langebach/Raabe 2016: 566 ff.). Mohlers Lieblingsbegriff »*Konservative Revolution*« – gleichsam als vorwärts- statt rückwärtsgewandte Idee des Konservatismus, wie bei Moeller van den Bruck gedeutet – wurde von vielen Kommentatoren als Widerspruch in sich, als Mythos und Fiktion abgelehnt. Immerhin wurden extreme neue Rechte nicht mehr wie in der Weimarer Zeit pauschal als diktatorisch und antidemokratisch angesehen (Traughber 1998: 19). Es kam jedoch im Stil der Weimarer Republik gelegentlich zu anti-europäischen Sätzen wie bei den Republikanern, dass der *Maastricht-Vertrag* ein »*Versailles ohne Waffen*« darstelle. Die EU wurde vor allem von der »British National Party« (BNP) und der »*Vlaams Belang*« (VB) als Ermutigung »pseudo-humanistischer Kräfte« eingestuft, in der unkontrollierte Einwanderung, Islamisierung und Schwächung durch Globalisierung in Europa erlaubt wurde. Die Verbrechensraten wurden mit der Immigration zusammen gebracht, vor allem bei der Schweizerischen SVP (zit. Vajvodová 2013: 378).

Selbst ein Bericht des Verfassungsschutzes (1994: 157) stufte die Neue Rechte als eine »*Intellektualisierung* des Rechts-extremismus« ein. Die Ideologie wurde jedoch als »thin-centered« eingeordnet (Mudde 2004: 544). Die Wochenzeitung »*Junge Freiheit*« reichte beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf Klage auf Unterlassung von verfassungsfeindlichen Unterstellungen ein. Die Klage wurde jedoch abgewiesen (Stahl 2003: 24). Einige Autoren, wie Backes und Jesse (1989: 136), ordneten die »Neue Rechte« hingegen klarer als »verfassungsfeindlich« ein. Backes, Jesse und Pfahl-Traughber (der zehn Jahre für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet hat-